

Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie

- Konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative ? -

Eine Betrachtung zum 1. Mai / Tag der Arbeit

A) Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

I. Wir befinden uns in einem 'globalen Ozean' des Kapitalismus -

in der Ausprägung des Neoliberalismus (= markt extremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem 11.09.1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus) durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem Datum wurde im Chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“) der neoliberale / angebotsorientierte / monetaristische Kapitalismus erprobt - unter Ablösung/Verwerfung des Keynesianismus/Links-Keynesianismus.

Seit Ende der 1970'er / Anfang der 1980'er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA) / „Thatcherismus“ (GB) - in deren Folge die „Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten *F r e i h a n d e l s*, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im „Washington-Konsensus“, nur eins bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine *U m v e r t e i l u n g* der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen *z u* den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

1999 folgte das sogenannte „Schröder-Blair-Papier“ (Anthony Giddens „Der dritte Weg“). Durch dieses Positionspapier wurde die europäische Sozialdemokratie (spätestens jetzt) ebenfalls auf einen im Ergebnis neoliberalen Kurs gebracht.

Von dieser Position ausgehend war es kein großer Schritt mehr zur „Rot-Grünen Agenda 2010/Hartz-Gesetze“ ab 2003 - in Gestalt der 'Rentenreform' „Riester“, der 'Arbeitsmarktreform' „Hartz“. „Agenda 2010/Hartz-Gesetze“ sind regierungsseitig ohne Wenn und Aber zu verantworten von der Regierung Schröder (SPD) / Fischer (Grüne). Es handelt sich gesellschaftspolitisch um eine grob falsche - für die Betroffenen vielfach verheerende - „Reform“! Parlamentarisch beschlossen wurde diese „Reform“ durch eine informelle „Mega-Groko“ aus SPD / Bündnis 90/Die Grünen / CDU/CSU / FDP. Die gegenwärtige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat bei ihrer Rede auf dem 25. Parteitag der CDU 2012 ausgeführt: „Die Agenda 2010 war richtig. Deshalb haben wir sie als damalige Opposition unterstützt. Ohne uns wäre sie gar nicht Gesetz geworden. Wir haben sie im Bundesrat unterstützt.“

II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig 'Kapitalismus' ? -

dieses System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend als 'Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist' bezeichnet wird?

Die Ungerechtigkeit - die lähmende Krankheit an der gelitten wird hat den konkreten Namen Kapitalismus. Dem Kapitalismus (und das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts-/Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),

(exponentielles) Wachstum als unumgekehrter Wachstumsimperativ,

Profitmaximierung,

Kapitalakkumulation,

Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen,

*hemmungsloser bis unumkehrbarer Natur-/Umweltverbrauch (Ressourcenverbrauch),
völlige Überlastung der Schadstoffaufnahmesysteme (Schadstoffaufnahmesenken).*

(Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).)

Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise "eingeschrieben", auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht. Dieser Zustand entspricht nicht dem Postulat des Ersten Testaments, Prophetenbücher, Amos 5, 24: „Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ (Lutherbibel, 1999, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart) / „Sorgt lieber dafür, daß jeder zu seinem Recht kommt! Recht und Gerechtigkeit sollen das Land erfüllen wie ein Strom, der nie austrocknet.“ (Die Gute Nachricht Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart)

Papst Franziskus sagt es in Fratelli tutti (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem Wirtschaftsmode II, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuworfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“ Diese Feststellung von Papst Franziskus verlangt geradezu danach, gewaltlos und demokratisch - aber entschieden „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Kategorischer Imperativ von Karl Marx.)

III. Teilaspekte zur realen Situation der Bereiche und Begriffe:

Arbeit / Lohn / Wachstum (Gegen Begriffsverwirrung) Zur Arbeit

Im Kapitalismus kann der Wesensmäßigkeit des Kapitalismus entsprechend keine Arbeit frei und selbstbestimmt sein. Es kann im Kapitalismus nur eine möglichst weitgehend freie und selbstbestimmte Arbeit geben (unter den Zwangsvoraussetzungen des Kapitalismus). Daraus folgt dann, dass gerade prekäre (unsichere/ungesicherte) Arbeitsverhältnisse in besonders starker/ausgeprägter Weise noch weniger frei und selbstbestimmt sind.

Je weniger frei und selbstbestimmt die menschliche Arbeit ist, desto mehr ermangelt sie der Menschenwürde, desto mehr nähert sie sich diversen Formen des Arbeitszwanges und schließlich der Zwangsarbeit an.

Schon die Pharaonen Ägyptens setzten Aufseher ein, um die Israeliten mit Zwangsarbeit ständig unter Druck zu halten. Davon zeugt das Erste Testament, 2. Buch Mose/Exodus 3, 7-8: „Und der Herr sprach: Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und ihr Geschrei über ihre Bedränger gehört; ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herniedergefahren, dass ich sie errette aus der Ägypter Hand und sie herausführe aus diesem Lande in ein gutes und weites Land, in ein Land, darin Milch und Honig fließt, ...“ (Lutherbibel, 1999) / ' Weiter sagte der Herr: „Ich habe gesehen, wie mein Volk in Ägypten mißhandelt wird. Ich habe gehört, wie es um Hilfe schreit gegen seine Unterdrücker. Ich weiß, was es auszustehen hat, und bin gekommen, um es von seinen Unterdrückern zu befreien. Ich will es aus Ägypten herausführen und in ein fruchtbares und großes Land bringen, ein Land, in dem Milch und Honig fließen. ...“ ' (Die Gute Nachricht Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983)

Wenn wir Exodus 3, 7-8 auch als in die Jetzt-Zeit übertragenes Sinnbild für die Ausbeutung von und Unterdrückung bei menschlicher Arbeit wirklich objektiv begreifen, müssen wir ernsthaft und unverzüglich daran arbeiten, den Kapitalismus (das Arbeiten im Kapitalismus) zu überwinden / aus dem Kapitalismus herauszugelangen (Befreiung aus dem Sklavenhaus!) in einen nicht kapitalistischen Zustand hinein - also einen Zustand, in dem sinnbildlich 'Milch und Honig fließen'. Es geht also nicht nur um prekäre Arbeit im Kapitalismus. Es geht um jegliche Arbeit im Kapitalismus. (Was nicht zu verwechseln ist mit NICHT-Arbeit / nicht arbeiten.)

Zum Lohn

*Vielfach wird der 'gerechte Lohn' eingefordert. Dies ist eine moralische/sittliche Forderung, die 'Anständigkeit' erfordert. Im Kapitalismus kann es systemimmanent aber keinen 'gerechten Lohn' geben. Dieser wird verhindert durch die kapitalistischen Zwangselemente Konkurrenz, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Der kapitalistische Zwang zur Profitmaximierung (Gewinnmaximierung) und Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) hat unabwendbar notwendig auch die **Ausbeutung** der menschlichen Arbeitskraft zum Gegenstand. Kapitalistisch-betriebswirtschaftlich ist Arbeitslohn **Aufwand**. Aus der Gegenüberstellung von Aufwand und **Ertrag** (=erzielter Erlös für das veräußerte Produkt/Ware) in der Ergebnisrechnung/Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ergibt sich der periodische Gewinn = Profit oder Verlust. Je **höher** der Aufwand (hier Arbeitslohn), desto geringer der Profit / desto **höher** der Verlust - desto **niedriger** die Kapitalakkumulation! Oder: Je **größer** die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, desto **geringer** der Lohn / desto **geringer** der Aufwand / desto **höher** der Profit / desto **mehr** Kapitalakkumulation! Im Kapitalismus kann es daher nur einen Lohn geben, der einem 'gerechten Lohn' graduell mehr oder weniger *a n g e n ä h e r t* ist, weil eine graduell größere oder kleinere Ausbeutung stattfindet. Kapitalismus kann wesensmäßig **n i e m a l s** ausbeutungsfrei sein!*

Insgesamt zur Arbeit und zum Lohn

Wer glauben möchte, dass sich die Situation für die diversen Massen der Menschen, die gezwungen sind für ihre Existenz zu arbeiten, während den letzten ca. 3.250 Jahre global strukturell revolutionär entscheidend verbessert habe, der sollte sich eines Schlechteren belehren lassen.

Die 'Peitsche der Aufseher' zur körperlichen Züchtigung ist zwar weitestgehend nicht mehr in Anwendung. Die institutionellen Arbeitshäuser auf deutschem Boden seit 1609 - mit rigorosester Handhabung in der Nazizeit - sind erst seit 1969 in der BRD Historie. Es haben sich jedoch andere, diverse Gewaltformen fest etabliert, die die arbeiten müssenden Massen (national wie international) im Würgegriff bzw. fester Umklammerung hielten und halten, was bei den Betroffenen zu heftigen/heftigsten Widerstandshaltungen / Widerstandshandlungen oder Fatalismus / Apathie führte und führt.

Relativ wenige wesentliche (charakteristische) Beispiele / Sachverhalte sollen an dieser Stelle genügen:

a) Auch der Brief des Jakobus 5, 4 (Erstes Testament) wusste: „Siehe, der Lohn der Arbeiter, die euer Land abgeerntet haben, den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn Zebaoth.“ (Lutherbibel, 1999) / „Ihr habt den Männern, die auf euren Feldern gearbeitet haben, den verdienten Lohn vorenthalten. Das schreit zum Himmel! Eure Erntearbeiter klagen, und ihre Klage ist bis zu den Ohren des Herrn der Welt gedrungen.“ (Die Gute Nachricht Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983)

b) Schlesischer Weberaufstand 1844 - Die „Hauptbeschwerde“ der Weber betraf den zu niedrigen Lohn. Sie forderten eine „gerechte“ Bezahlung. Allgemein klagten die Weber darüber, „für ein Spottgeld arbeiten zu müssen“. (Christina von Hodenberg Aufstand der Weber, 1997)

c) 1845 (1887) veröffentlicht Friedrich Engels seine Sozialstudie ' Die Lage der arbeitenden Klasse in England '. Engels untersuchte die Arbeits- und Lebensbedingungen der modernen Proletarier, die Arbeitszeiten, die Entlohnungssysteme, die Fabrikdisziplin, die Fabrikarbeit und ihre verheerenden Folgen für die körperliche und geistige Gesundheit der arbeitenden Männer, Frauen und Kinder. Dazu beschrieb er die elenden Wohnverhältnisse in den Arbeitervierteln, die katastrophalen hygienischen Verhältnisse und die Umweltzerstörung, unter der vor allem die Armen zu leiden hatten. Engels konstatiert u.a.: Unterernährung, gesteigerte Kindersterblichkeit, hohe Sterblichkeitsquoten in den Arbeiter- und Armenvierteln der Industriestädte, endlos wiederholte Zwangsarbeit - zwölf Stunden am Tag. (Michael Krätke (Hrsg.) Friedrich Engels, 2020) Noch 2007 führte Papst Benedikt XVI. in seiner Enzyklika Spe Salvi Engels als Kronzeugen für die „grauenvollen Lebensbedingungen“ der Industriearbeiter an, die er „in einer erschütternden Weise“ geschildert habe. (Jürgen Herres Marx und Engels, 2018)

d) Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1889 mit rund 100.000 Bergleuten gegen Zustände, die jeder Beschreibung spotteten und für den Achtstundentag, Lohnerhöhungen, Mitspracherechte bei Betriebsabläufen und bessere Sicherheitsmaßnahmen. Der Streik wurde blutig niedergeschlagen und die Forderungen der Bergleute nicht erfüllt. Gleichwohl führte der Streik zu Gewerkschaftsgründungen und trug zum Fall des Sozialistengesetzes von 1878 im Jahre 1890 bei.

e) „Stuttgarter Vorfälle“ (Stuttgarter Tumult). Am 28. Oktober 1948 wurde in Stuttgart gestreikt gegen das Missverhältnis zwischen Löhnen und Preisen und für Preisregulierung, Lohnerhöhung und Mitbestimmung. In Anschluss daran kam es zu schweren Unruhen. Die hinzugezogene US-Militärpolizei setzte Tränengas und Panzer ein. Der eigentliche Generalstreik fand am 12. November 1948 statt. Der Protest formierte sich gegen die Politik Ludwig Erhards - dessen „sehr harten marktwirtschaftlichen Kurs“ (Daniel Koerfer, 2018). Bis zu 9,25 Mio. Teilnehmende, die in den Ausstand getreten sind, sind belegt.

f) 1954 18-tägiger Streik in der bayerischen Metallindustrie endet mit einer faktischen Niederlage: Anhebung der Löhne und Gehälter, aber Verschlechterung des Lohngruppenschlüssels; Maßregelung von Streikteilnehmern.

g) 1976 Streik in der Druckindustrie mit massiven Aussperrungen. (BRD)

h) 1978/79 Streik in der Stahlindustrie um die 35-Stunden-Woche / 1984 erneuter Beginn des Kampfes um die 35-Stunden-Woche: Streiks in der Metall- und Druckindustrie; schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden, Flexibilisierung der Arbeitszeit. (BRD)

i) 1995 35-Stunden-Woche in der Druck- und Metallindustrie. (Deutschland)

j) Und in der Jetzt-Zeit?

In Deutschland erleben wir einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist. Ein Renteniveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt. Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tariffucht grassiert. Durch Tariffucht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

Sehr viele Frauen und Männer werden weiterhin für gleichwertige Arbeit nicht gleichwertig bezahlt. Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die Allerletzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Informelle Arbeit/Wirtschaft: Weltweit besteht mindestens (!) zig millionenfache Informelle Arbeit. Besonders betroffen sind Entwicklungs- und Schwellenländer - anders formuliert: der Globale Süden. Die Arbeit in der Informellen Wirtschaft wird von staatlicher Kontrolle und damit auch von staatlicher Regulierung nicht erfasst. Informelle Arbeit umfasst oft kleinteilige, landwirtschaftliche Produktion mit regionalem und lokalem Schwerpunkt, einfache Arbeiten, Hilfsarbeiten und „Tagelöhner“-Arbeiten im Dienstleistungsbereich oder in der Industrie. Und das vielfach unter (höchst) prekären Bedingungen ohne arbeits- oder sozialrechtlichen Schutz.

Selbstaussbeutung von „Freiberuflern“ / „Ich-AG's“ / Scheinselbständigen.

Die neueste „Spielart“: Digitale Tagelöhner/Arbeit auf Abruf

Nach neueren Schätzungen werden schon 2025 mehr als eine halbe Milliarde Menschen von Online-Jobs leben. Zu den digitalen Tagelöhnern gehören Fahrer digitaler Dienstleister beispielsweise für Uber (Personenbeförderung) oder Auslieferer von Deliveroo (Lieferdienst Restaurants). Wollen die modernen „Arbeitsameisen“ auch nur irgendwie leben von ihrem Job, müssen sie ständig zur Verfügung stehen. Einen geregelten Feierabend kennen sie ohnehin nicht. (Drehbuchautor Harold Crooks „Arbeit auf Abruf“, ARTE 27.04.2021)

Weltweit - auch in Deutschland - wird die Arbeit der Gewerkschaften behindert, diskreditiert, bekämpft, sabotiert. Die Stichworte sind 'Gewerkschafts-Bashing' und 'Union-Busting'. Aggressive Unternehmer-Anwälte bekämpfen Betriebsräte. Betriebsratsmitglieder werden bespitzelt und schikaniert. Arbeitgeber feuern Betriebsratsgründer. Es wird von „Betriebsratsverseuchung“ gesprochen. (Das Adjektiv „betriebsratsverseucht“ wurde 2009 zum Unwort des Jahres gewählt.)

k) Papst Franziskus weist in Fratelli tutti (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der

schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“ Und dann stellt Franziskus einen Zusammenhang her, der uns alle sehr nachdenklich machen muss: „Die Aussonderung nimmt zudem abscheuliche Formen an, die wir alle als überwunden glaubten, wie etwa der Rassismus, der verborgen ist und immer wieder neu zum Vorschein kommt. Die verschiedenen Ausprägungen des Rassismus erfüllen uns erneut mit Scham, denn sie zeigen, dass die vermeintlichen Fortschritte der Gesellschaft nicht so real und ein für alle Mal abgesichert sind.“

Z u m W a c h s t u m

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein 'nachhaltiges Wachstum' als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen - als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist 'Nachhaltiges Wachstum' ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

Aber auch die Begriffe *q u a n t i t a t i v e s* Wachstum und *q u a l i t a t i v e* Entwicklung bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten/ zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung / Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie 'wertvolles' Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung:

' menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung '

geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.

In Fratelli tutti (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“.

Und - Franziskus führt uns, insoweit *g e n e r e l l* und hier abschließend, in Fratelli tutti (21) eine sehr wesentliche - oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte (!) - Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. In anderen Zeiten wurde zum Beispiel die Tatsache, dass man keinen Zugang zur elektrischen Energie hatte, nicht als Zeichen der Armut betrachtet und gab keinen Anlass zu Sorge. Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“

Die entscheidenden Fragen sind:

Wie gelangen wir aus dem Kapitalismus heraus?

Welche Wesenszüge kennzeichnen dieses neue System?

Wie nennen wir dieses neue System?

B) Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Versuch einer Antwort:

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land / dem Land der Verheißung / dem Land des NICHT-Kapitalismus.

Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen aus dem Kapitalismus herauszugelangen/ den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus - und somit auch der Arbeitsformen/der Arbeitsinhalte - in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut Ökologie kompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z.B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tarifflicht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbefahlt. Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine 'Kurze Vollzeit für alle' mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. (Dass eine 'Kurze Vollzeit für alle' bei vollem Lohnausgleich möglich ist, belegt z.B. Heinz-J. Bontrup in seinem Aufsatz „Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist lange überfällig“, Sozialismus.de - Forum Gewerkschaften -, Heft 9/2020. S. 51 ff.) Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

*Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von 'öffentlich' und 'privat', die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen alle in zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend "Obrigkeitsverhältnisse" fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und*

der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese "Obrigkeitsverhältnisse" in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung *W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e* müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem „Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds zugute, der auch Genossenschaften (s.u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profitmachen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Z.B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und *d e m o k r a t i s c h e* Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer "transformativen Demokratie". Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich *R ä t e* (z.B. nach dem Vorbild - oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) - der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen in Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z.B. an Regionale Wirtschaftsräte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen 'F a c h v e r s t a n d e s',

welcher die *Parlamentarische Demokratie* nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als *fachliche Beratung* herangezogen werden muss - z.B. bei der Grundgesetz gemäßen /verfassungsgemäßen, *notwendigen Sozialisierung (= Vergesellschaftung)* von *unverzichtbaren Einrichtungen* zugunsten des *Gemeinwohls /der Daseinsvorsorge*. *Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom Fachvotum der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für Räte sind weiter: Ökologieräte / Klimaräte / Energieräte / Land- und Forstwirtschaftsräte / Wohnungsbauräte / Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte 'Marktkonforme Demokratie' / 'die unsichtbare Hand des Marktes' bzw. eine 'Postdemokratie' (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten!*

Eine solche Wirtschaftsdemokratie kann mit Formen des 'Marktsozialismus' bzw. der 'Sozialistischen Mischwirtschaft' (Terry Eagleton) verbunden werden. Eagleton ist der Ansicht: Befürworter der sogenannten partizipatorischen Wirtschaft akzeptieren eine Art gemischter sozialistischer Wirtschaft: Güter, die von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft sind (Nahrung, Gesundheit, Arzneimittel, Bildung, Transportwesen, Energie, Subsistenzmittel, Finanzinstitutionen, Medien und dergleichen), müssen öffentlicher, demokratischer Kontrolle unterliegen, da diejenigen, die sie verteilen, zu antisozialem Verhalten neigen, wenn sie eine Chance auf höhere Profite wittern. Gesellschaftlich entbehrlichere Güter jedoch (Konsum- und Luxusprodukte) könnten den Marktoperationen überlassen bleiben.

Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die 'Grundversorgung' (= von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

C) Der unverzichtbar anzustrebende Ziel-Zustand

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Sein wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: "Nur noch Utopien sind realistisch".)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, Fairer Handel nicht Freihandel (s.u.)!

*In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) WAS für WEN WOZU WIE hergestellt/produziert wird (zumindest bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt *bedarfsorientiert / bedarfsgerecht* zuallererst gemäß den Erfordernissen des *Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge* und nicht in erster Linie *profit- und reichumsfixiert* zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als *Maxime* heißen: "Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens". **Ein solches System kann auch bezeichnet werden als Demokratischer, ökologischer Sozialismus.***

Die 'Sozial-ökologische Transformation' - der Gerechte Wandel, welche/welcher in der Wirtschaftsdemokratie (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des Ziel - Zustands den positiven Abschluss!

Bei diesem Gerechten Wandel kann z.B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das 'Gute Leben' bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas 'g e n u g' ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - e n t s c h e i d e n d ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, a l l e s a u ß e r dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung

in der Produktionssphäre entstünden. Entscheidungen über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne entscheiden über das 'Was', das 'Wie' und das 'Wozu' von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben Produzentensouveränität aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

D) Exkurse

Exkurs I - Lieferkettengesetz - (aktuelle Fakten)

Im Februar 2021 haben die Minister Altmaier (Wirtschaft) CDU, Müller (Entwicklung) CSU und Heil (Arbeit) SPD einen Entwurf zum Lieferkettengesetz veröffentlicht. Dieser Entwurf hat in der sachgerechten Bearbeitung der Lieferkettengesetz-Materie insgesamt ein sehr geringes Niveau. Die berechtigten Interessen der im Globalen Süden arbeitenden Menschen nach Arbeitsschutz, Einhaltung der Menschenrechte, tendenziell gerechter Entlohnung bei der Produktion zugunsten des Globalen Nordens (hier: Deutschland) werden nur sehr defizitär zur Geltung gebracht. Die bei der Produktion im Globalen Süden vernutzte, geschändete, zerstörte Umwelt, welche für die dort lebenden Menschen existenziell ist, wird kaum geschützt. Dieser Entwurf ist weit überwiegend ein Schutzgesetz zugunsten der deutschen Unternehmer, Konzerne, Kapitaleigner. Deutsche globale Wettbewerbsfähigkeit steht dank Bundeswirtschaftsminister Altmaier eindeutig im Vordergrund! Dieses Lieferkettengesetz enthält keine zivilrechtlichen Haftungsregeln zur Inanspruchnahme Schaden zufügender deutscher Unternehmen. Gegenüber den deutschen Unternehmen sind keine Strafen für bestrafungsrelevantes Verhalten vorgesehen, sondern nur Bußgelder, die rechtlich lediglich Ahndung von Verwaltungsunrecht sind! Das Gesetz soll erst ab 2023 für Firmen mit mehr als 3.000, ab 2024 mit mehr als 1.000 Beschäftigten gelten. Die allermeisten deutschen Firmen mit Lieferkettengesetzrelevanz wird dieses Gesetz so oder so faktisch überhaupt nicht in die Pflicht nehmen können. Das alles ist skandalös - nicht aus Unkenntnis, sondern mit Wissen und Wollen! Es zeigt sich einmal mehr, dass der Schutz der Menschen des Globalen Südens vor Ausbeutung, Unterdrückung, Gesundheitsschädigung, Tod und der Schutz der Umwelt im Globalen Süden bei der Produktion (Wertschöpfung) für den neoliberal enthemmten Globalen Norden (hier: Deutschland) wenig gilt. Dieser Schutz wird nur insoweit gewährt, als er den deutschen Kapitalinteressen nicht im Wege steht! Solidarität: ungenügend! Das Projekt Lieferkettengesetz ist in seiner gegenwärtigen Substanz zweifelsfrei sehr mangelhaft, weshalb im Gesetzgebungsprozess jedenfalls zu realisieren sind:

- 1. Vollumfängliche Sorgfaltspflichten nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer -*
- 2. Eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben -*

3. Einführung eigenständiger umweltbezogener Sorgfaltspflichten -

4. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken.

Ein inhaltlich starkes und wirkungsvolles Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in den Ländern des Globalen Südens, die für den Globalen Norden produzieren, ist unverzichtbar! Menschenrechtsverletzungen, Arbeitssituationen/Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltzerstörungen, die partiell, grundsätzlich und strukturell den Verhältnissen/Zuständen vergleichsweise relativ ähnlich sind, die schon 1845 / 1887 von Friedrich Engels in seinem Werk ' Die Lage der arbeitenden Klasse in England ' präzise und schonungslos aufgezeigt wurden, müssen ohne schuldhaftes Zögern und ohne Wenn und Aber aufgehoben werden!

Dabei ist klar zu sehen, dass ein solches Gesetz keinesfalls bereits einen Austritt aus dem System des Kapitalismus bedeutet. Aber ein solches Gesetz ist ein hoch wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

Exkurs II - ... für einen fairen Handel weltweit -

Fairer Handel im Gegensatz zu **Freihandel** / sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen / Landgrabbing

Es bedarf keiner Frage - auch **Fairer Handel** kann im Kapitalismus, wegen des Wesens des Kapitalismus, nicht absolut fair sein. Im System Kapitalismus kann es nur einen Handel geben, der einem Fairen Handel mehr oder weniger nahe kommt. Trotzdem und selbstverständlich muss der **Faire Handel** eingefordert und gefördert werden, während **Freihandel** abzulehnen ist.

Die Befürworter des weltweiten Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter **d e m o k r a t i s c h e n** Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada), JEFTA (zwischen EU und Japan) MERCOSUR (zwischen Europa und Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) zeichnet ein konträr anderes Bild. TTIP ist nicht tot. Es wird z. Zt. versucht dieses wiederzubeleben!

Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Gläubigkeit an den Markt. Dieser Marktfundamentalismus als extremistischer Kapitalismus setzt die Freihandelsabkommen als Instrumente der Deregulierung, des Abbaus von Umweltschutz-, Verbraucherschutzstandards, von Arbeitnehmerschutzrechten, von öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge und Gemeinwohlstandards ein.

Die wesentlichen Stichworte heißen in diesem Zusammenhang:

- Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren z.B. auf „entgangenen Gewinn“ wegen von Staaten erlassenen **v e r b e s s e r t e n** Umweltschutz-, Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutzgesetzen. Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!

- Negativlisten (nur die Ausnahmesachverhalte, die nicht liberalisiert werden sollen, werden hier aufgeführt). Alles andere darf privatisiert/liberalisiert werden!
- Im Umweltschutz muss das europäische Vorsorgeprinzip (Vorsichtsprinzip) vollumfänglich gelten und keinesfalls das Prinzip des 'risikobasierten Ansatzes' (wie jedenfalls in den USA), wonach ein Stoff so lange verwendet werden darf, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist. Wenn das 'Kind in den Brunnen gefallen ist' - ist es zu spät!

Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wurde und wird der demokratische Prozess jedenfalls ausgehebelt durch:

- jahrelange gewollte Geheimverhandlungen,
- Konzernlobbyismus z.B. per sog. Regulatorischer Kooperation. Diese sieht einen gemeinsamen Regulierungsrat vor, in dem Standards und Normen gegenseitig anerkannt oder einander angepasst werden, um nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, was regelmäßig im Ergebnis die Absenkung von Umweltschutz-, Verbraucherschutz-, und Arbeitsrechtsstandards zur Folge hat. Gegenseitige Anerkennung von Standards führt zu einem Unterbietungswettlauf. Dieser Rat kommentiert und beeinflusst - dirigiert durch an Gewinnmaximierung orientiertem Konzernlobbyismus - die künftige Gesetzgebung, bevor (!) das Europäische Parlament oder das entsprechende Verfassungsorgan des Freihandelspartners diese Gesetzgebung überhaupt gestalten können.

Zusätzlich wird ein Gemeinsamer Ausschuss gebildet. Dieser hat u.a. das Recht, den Vertragsparteien Ergänzungen nach (!) dem Inkrafttreten des Abkommens vorzuschlagen, sowie in bestimmten Regelungsmaterien durch Änderungen, Ergänzungen und Neuinterpretationen von Vertragsbestandteilen anstelle(!) der Vertragsparteien entscheiden zu dürfen. Dies alles entbehrt einer ausreichenden demokratischen Rückbindung wegen mangelhafter Parlamentsbeteiligung und ist daher abzulehnen.

- Stillstands- und Sperrklinkenklauseln: Einmal privatisierte Betriebe können nicht in die öffentliche Hand zurückgeführt werden! Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung!
Z.B. in JEFTA ist nicht festgehalten, das Wasser keine Ware ist!

Und - was oft vergessen wird - diese Freihandelsabkommen zwischen den wirtschaftlich hoch entwickelten/hochindustrialisierten Freihandelspartnern EU - Kanada / Japan / USA / (sehr bedingt MERCOSUR) setzen mit markt extremistischem Kapitalismus (Neoliberalismus) auch die Staaten unter Druck, welche formell an diesen Handelsabkommen überhaupt nicht teilnehmen - wie z.B. Malaysia und Indonesien (dort findet illegales, global umweltschädliches Abholzen von Wäldern statt!).

Länder der Dritten Welt haben beim Handel mit den Spitzenwirtschaftsmächten EU / Japan / Kanada / USA ohnehin die weit schwächere Verhandlungsposition und damit nur ungenügende Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand.

Insbesondere die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika sind weiterhin derart ausgestaltet, dass sie eine wirtschaftliche Gesundung des Schwarzen Kontinents verhindern - allen EU Sonntagsreden zum Trotz!

Die neueste Entwicklung - Energiecharta-Verträge

Der Energiekonzern RWE führt eine Schadensersatzklage gegen den niederländischen Kohleausstieg. Eine weitere Klage ist auf dem Weg. Uniper, ebenfalls Energiekonzern, will Klage vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington einreichen. Beide Konzerne berufen sich auf den Energiecharta-Vertrag. Dieser ermöglicht Energiekonzernen, Staaten wegen demokratisch gefasster Entscheidungen vor privaten Schiedsgerichten auf horrenden Summen Schadensersatz zu verklagen: zum Beispiel, wenn sie aus Kohle- oder Atomkraft aussteigen wollen. Solche Verträge sind, abgesehen davon, dass sie absolut neo-liberale Zwangswerkzeuge darstellen - Klimakiller-Verträge/tragen massiv zum Klimawandel bei!

Landgrabbing

Insbesondere Agrarkonzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte. Oftmals bieten korrupte Regierungen Flächen feil, welche als unverkauft und ungenutzt gelten. Doch in den wenigsten Fällen liegt das Land tatsächlich brach; meist wird es von mittellosen Familien zum Anbau von Nahrungsmitteln verwendet. Den Kleinbauern fehlt dann der Zugang zu Land und Wasser, um sich und ihre Familien zu versorgen. Ihr Grundrecht auf Nahrung wird verletzt. Insbesondere der Afrikanische Kontinent ist sehr wesentlich betroffen. Natürlich sind auch dies Fluchtursachen!

Auch außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen immer häufiger Ackerland auf und treiben damit die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe. Äcker werden zum Spekulationsobjekt.

Landgrabbing ist auch innerhalb der EU längst in vollem Gange. Hier ist Landgrabbing besonders auf die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konzentriert. Die EU hat strukturelle Veränderungen in Europa durchgesetzt, die zu einer Landkonzentration in wenigen Händen führen, nach dem Vorbild von Ländern wie Frankreich, Deutschland oder den Niederlanden. Die EU-Kommission bzw. die EU-Behörden schützen sehr akkurat den „freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“. Dieser „freie Verkehr“ soll von keinerlei lokaler Kontrolle und Protektionismus gestört werden.

Bei den Landerwerbern darf es keine Anforderungen zu Wohnsitz und Ortsansässigkeit der Erwerber, ihren landwirtschaftlichen Qualifikationen und keine Diskriminierung juristischer gegenüber natürlichen Personen geben! Gerade der Wechsel der Eigentümerstruktur, von natürlichen Personen, namentlich Bauern und deren Familien, zu juristischen Personen wie GmbH's, Aktiengesellschaften, internationalen Holdings - ist die fundamentale Veränderung der politischen Ökonomie der Landwirtschaft in Europa. Diese Landwirtschaft wird jetzt kontrolliert von Verwaltern und Aktionären. Das Interesse der Anteilseigner gibt den Ausschlag darüber wie das Land bewirtschaftet wird. Dieses Interesse heißt weitestgehend: Profit, Profit, Profit!

Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen der Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der EU und global unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch O l i g a r c h i e - nicht Demokratie! Mindestens wird die Demokratie dadurch massiv entwertet. Die Publizistin Daniela Dahn trifft die Aussage: Wir haben einen Staat, der für den Missbrauch durch die Reichen geschaffen ist. Ja der Staat verwandelt sich immer mehr in eine Apparatur zum Schutz systemrelevanten Privateigentums auf Kosten der Allgemeinheit.

E) Muss der Ziel-Zustand (unter C) des letzte Wort sein?

Kann es hinter dem Horizont des Ziel-Zustandes inhaltlich noch weiter gehen?

geschehen ist -

„Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte.

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam.“

„Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wer von ihnen Äcker oder Häuser besaß, verkaufte sie und brachte das Geld für das Verkaufte und legte es den Aposteln zu Füßen; und man gab einem jeden, was er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(L u t h e r b i b e l, 1999)

„Alle, die zum Glauben gekommen waren, taten ihren ganzen Besitz zusammen. Wenn sie etwas brauchten, verkauften sie Grundstücke und Wertgegenstände und verteilten den Erlös unter die Bedürftigen in der Gemeinde.

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die ganze Gemeinde war ein Herz und eine Seele. Wenn einer Vermögen hatte, betrachtete er es nicht als persönliches, sondern als gemeinsames Eigentum.“

„Niemand aus der Gemeinde brauchte Not zu leiden. Sooft es an etwas fehlte, verkaufte irgendeiner sein Grundstück oder sein Haus und brachte den Erlös zu den Aposteln. Jeder bekam davon so viel, wie er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(D i e G u t e N a c h r i c h t Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983)

gedacht wurde -

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, 1875.)

Helmut Gelhardt

Sprecher Gerechter Welthandel

der KAB DV Trier und KAB LV RLP

Beratendes Mitglied im Diözesanausschuss der KAB DV Trier

01. Mai 2021 / Tag der Arbeit